

## **Die CDU sitzt in der Falle**

### **Wie die Landtagswahl in Thüringen zum Waterloo des alten Parteiensystems wurde**

**Dieter Stein**

Das alte Parteiensystem der Bundesrepublik hat in Thüringen am vergangenen Sonntag dramatisch Schiffbruch erlitten. Noch nie haben bei einer Wahl in Land oder Bund Union, SPD, FDP und Grüne keine Mehrheit errungen. Und noch nie zuvor gelang es den SED-Erben, der Linken, in einem Bundesland stärkste Partei zu werden. Doch nicht diese Tatsache löste Schockwellen aus – allein die massiven Zugewinne der AfD erregten die Gemüter. Nach Sachsen (27,5 Prozent) und Brandenburg (23,5 Prozent) setzt sich die junge Partei auch in Thüringen mit 23,4 Prozent fest. Die CDU – lange Jahre stärkste Partei – wurde auf den dritten Rang verwiesen.

Wie kann es nur sein, daß jeder vierte Wähler im Osten AfD wählt, raufen sich viele Leitartikler die Haare. An DDR-nostalgischen und abgehängten Rentnern kann es nicht liegen – in dieser Altersgruppe schnitt die AfD am schlechtesten ab. Am stärksten wurde sie von berufstätigen, mitten im Leben stehenden Bürgern gewählt, der Soziologe Alexander Yendell stellt im Spiegel fest: „AfD-Wählern geht es wirtschaftlich gut.“

Was ist dann der Grund für die Erdrutschsieg? Der eigentliche Mühlstein, der die CDU in den Abgrund zieht, ist Angela Merkel und ihre Migrationspolitik. Seit der Entscheidung von 2015, die Grenzen dauerhaft unkontrolliert für illegale Massenmigration zu öffnen, erodiert die Zustimmung für die Union unaufhaltsam.

Daß die AfD im Osten stärker als im Westen abschneidet, hat übrigens auch viel damit zu tun, daß die etablierten Parteien aus Westdeutschland 1990 dort wie Ufos landeten und bis heute nur schwache Wurzeln getrieben haben. Sie blieben in Sprache und Personal oft Fremdkörper.

Mit den jüngsten Wahlen ist auch das vom Konrad-Adenauer-Haus lange für unschlagbar gehaltene Konzept der „asymmetrischen Demobilisierung“ endgültig gescheitert. Linke politische Gegner sollten an einem kontroversen Wahlkampf gehindert werden, indem die CDU polarisierende Positionen präventiv abschliff, zentrale Grundsätze über Bord warf. Dies geschah bei der Energiewende, dem Ausstieg aus der Kernenergie, Klimapolitik, bei der Wehrpflicht, Homo-Ehe, Gender-Politik und zum Schluß am verheerendsten in der Migrationsfrage. Das Abräumen letzter konservativer Positionen ging jedoch nur so lange gut, wie keine Partei rechts der Union erfolgreich dieses Vakuum füllte und CDU und CSU „alternativlos“ zu sein schienen.

Doch mit der EU-Verträge brechenden Euro-Rettungspolitik öffnete Merkel die Büchse der Pandora – die AfD wurde geboren. Seitdem ist die CDU in eine Zangenbewegung geraten, zwischen linken Parteien auf der einen (Grüne im Westen, Linkspartei im Osten) und der AfD auf der anderen Seite, die viele aufgegebene Positionen der Union besetzt.

Die CDU hat den Moment verpaßt, in dem sie sich von der Hypothek Merkels überzeugend befreien konnte. Der ewige Hoffnungsträger der Unions-Konservativen, Friedrich Merz, verschärft zwar jetzt den Ton und spricht von einem „großen Mißtrauensvotum“ gegen die Große Koalition bei der Thüringenwahl. Merkel stehe „im Mittelpunkt der Kritik“. Die „Untätigkeit und mangelnde Führung der Bundeskanzlerin“ habe sich wie ein „Nebelteppich“ auf das Land gelegt.

Doch warum sind Merkels grummelnde Kritiker in der CDU selbst so führungsschwach und wird der nächste Kanzlerkandidat eben doch mutmaßlich doch wohl eher Armin Laschet oder Annegret Kramp-Karrenbauer als Friedrich Merz heißen? Weil Merz und die seinen keine wirklich alternative Machtoption jenseits von Dauer-Groko oder Schwarz-Grün zu bieten haben.

Als Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) vor einem Jahr forderte, man müsse sich im Osten für Koalitionen mit der Linkspartei „öffnen“ und „pragmatisch“ mit den Postkommunisten umgehen, flog er nicht aus der Partei, sondern erhielt medial allseits Schulterklopfen, wurde er – höchstes Lob in der CDU – als „Modernisierer“ und mutiger „Tabubrecher“ geadelt. Wenn ein Christdemokrat jedoch auch nur ansatzweise Gedankenspiele über Gespräche mit der AfD anstellt, wird er umgehend zum Paria und kann sich schon mal nach einem neuen Job umsehen.

Die Machtoption, die tatsächlich im Raum steht, nennt nun der Grüne Jürgen Trittin beim Namen: „Der Aufstieg der AfD hat die Mehrheitsverhältnisse verschoben. Rechnet man die Ergebnisse von CDU, FDP und AfD zusammen, ergibt das fast überall Mehrheiten rechts der Mitte.“

Doch die CDU befindet sich selbstgewählt in einer linken Falle. Sie hat es schon lange aufgegeben, die metapolitische linke Hegemonie in Frage zu stellen. Sie sieht sich als Teil eines bürgerlichen Milieus, das seinen Frieden mit den Achtundsechzigern gemacht hat.

Mehrheiten unter Einschluß der AfD ins Auge zu fassen, bedeutete nichts weniger als in einen Kulturkampf einzutreten. Jeder CDU-Politiker weiß, daß er dann die etablierten Medien, die „gesellschaftlich relevanten Gruppen“, Kirchen, Arbeitgeber, Gewerkschaften gegen sich hat. Daß diese politisch-mediale Klasse hingegen mit Bodo Ramelow kein Problem hat, der die DDR nicht „Unrechtsstaat“ nennen will und dessen Partei zahllose Verbindungen in den organisierten Linksextremismus pflegt, sagt alles.

Wenn die AfD ihrerseits in die Nähe politischer Macht kommen will, dann darf sie sich nicht in der bequemen Nische einer „Lega Ost“ einrichten. Im Bund werden Wahlen im Westen gewonnen. Sie muß der Stigmatisierung als angeblich rechtsradikale Partei entgegenwirken – und darf hierfür nicht selbst ständig Anlässe bieten. Ob die AfD willens ist, wieder stärker in die Mitte zu integrieren und die Blockade zu durchbrechen, die gegen sie errichtet werden konnte, wird sich schon beim kommenden Bundesparteitag Ende November in Braunschweig zeigen.

## **Angriffe auf die Freiheit der Rede im Hörsaal Lärm der geistig Armen**

**Werner J. Patzelt**

Nicht nur in Medien und Politik, sondern auch an unseren Universitäten spielt sich seit Jahren vielerlei Unvernunft selbstgefällig auf. Sie setzt sich auch immer wieder durch. Etwa so: Eine gesinnungsethisch attraktive Position wird zur medialen Mehrheitsmeinung gepusht. Der darf sich jeder gern anschließen. Wer sie – sobald für moralisch alternativlos erklärt – dann trotzdem nicht vertritt, ist wohl dumm oder schlecht.

Wenn ihm Kluge und Anständige das vor Augen führen, etwa durch lauten Protest, sollte er sich nicht beklagen. Er sollte sich vielmehr bessern – oder verschwinden. Sein Recht auf Meinungs- oder Lehrfreiheit wurde ja nicht eingeschränkt. Gezeigt wurde nur, daß er es schlecht nutzte und jetzt den dafür fälligen Preis bezahlt. Auch ist es nur gut, wenn exemplarische Strafen fortan andere anhalten, mit ihrer Freiheit wünschenswerter umzugehen. Und vor uneinsichtigen Wiederholungstätern hat man die Meinungsmehrheit ohnehin zu schützen.

So in etwa denken jene, die unerwünschte Publizisten, Politiker und Wissenschaftler nicht zu Wort kommen lassen, sie um Ressourcen wie akademische Infrastruktur bringen wollen oder sich – über üble Nachrede hinaus – gar am Rufmord versuchen. Jüngste schlagzeilenträchtige Vorgänge um Bernd Lucke oder Thomas de Maizière haben nun auch den Bundespräsidenten zur Kritik an „aggressiven Gesprächsverhinderungen“ und Einschüchterungsversuchen gebracht. Ein unlängst erschienener Sammelband über „Die Freiheit der Wissenschaft und ihre Feinde“ dokumentiert nicht weniger als acht jüngere solcher Fälle an deutschsprachigen Universitäten.

Woher kommt gerade dort die Neigung, einen Gegner lieber zum Schweigen als seine Position um ihre Plausibilität zu bringen? Universitätsaufgabe wäre es, einen institutionell gesicherten Freiraum zum Hinterfragen von allem zu schaffen, eine

ansonsten befriedete Arena zum Streiten allein mit Argumenten. Wo es um Natur, Technik und Mathematik geht, gelingt das meist gut. Dort aber, wo Werturteile und deutungsstiftende Narrative ins Spiel kommen, mißlingt das allzu oft. Warum? Erstens: Die kulturelle Hegemonie der 1968er und ihrer Epigonen zeigt breite Risse; also kämpfen die bisherigen Hegemonen jetzt wie Krieger, die ihren Untergang fürchten. Zweitens: Kein Assistent, Professor, Dekan oder Rektor will Ärger oder Anfeindungen; also tauchen viele bequem ab oder hängen opportunistisch ihr Fähnchen in den Wind. Und drittens: Legitimer Idealismus der akademischen Jugend führt gerade an geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten leicht zur Haltung von Rigorismus und moralischer Arroganz, auch zu einer Mischung aus Weinerlichkeit und Aggressivität. Das alles setzt der Vernunft allzu enge Grenzen gerade dort, wo sie eigentlich aufblühen sollte: an der Universität.

## **„Ich spreche für viele meiner Kollegen“**

**Rauswurf: Das Pharmaunternehmen Roche kündigt einem langjährigen Mitarbeiter – kurz nachdem er für die AfD in den Stadtrat einzieht**  
**Björn Harms**

Irgendwie hatte es Rainer Huchthausen schon geahnt. Lange geht das hier auf der Arbeit nicht mehr gut, dachte sich der 57jährige Mannheimer. Die betriebsinternen Anfeindungen nahmen zu, er hatte das Gefühl, man wollte ihn so schnell wie möglich loswerden. Dann passierte es: Anfang Oktober kündigte ihm sein Arbeitgeber, der Pharmakonzern Roche Diagnostics am Standort Mannheim.

Dabei gilt ein Mann wie er in der Berufswelt eigentlich als unkündbar. Fast 25 Jahre Jahre hielt er als Werksfeuerwehrmann seine Knochen für den zweitgrößten Arbeitgeber der Rhein-Neckar-Region hin. Seine Brandschutz Tätigkeiten nahmen die Hälfte seines Jobs ein, den Rest der Zeit war er im Büro tätig. „Jahrelang arbeitete ich mit Chemikalien, die eine schwere Asthmaerkrankung auslösten“, erzählt Huchthausen der JUNGEN FREIHEIT. Er besitzt einen Schwerbehindertenausweis, für ihn gilt ein besonderer Kündigungsschutz. Wie konnte es also soweit kommen?

### **AfD-Mitgliedschaft spricht sich im Betrieb herum**

Vor rund fünf Jahren tritt Rainer Huchthausen in die AfD ein. „Ich kam ursprünglich über die GEZ-Schiene hinzu“, erläutert er seine Motive. Die AfD sei die einzige Partei gewesen, die sich gegen den Rundfunkbeitrag ausgesprochen habe. Später habe er gemerkt, daß die Partei ihn in anderen Politikfeldern ebenso überzeugen könne. Er beginnt sich aktiv zu engagieren.

Schnell spricht sich das Ganze auch im Betrieb herum, spätestens als Huchthausen einem Lokalsender ein Interview gibt. Unter der Hand stimmen einige Kollegen seinen

Positionen zu. Irgendwie logisch, schließlich gewinnt die AfD schon zu einem frühen Zeitpunkt gerade im klassischen Arbeitermilieu rasant an Wählern. Doch der Geschäftsführung und vor allem dem SPD-nahen Betriebsrat ist er fortan ein Dorn im Auge. Einen AfD-Mann will man hier ganz sicher nicht haben.

Lange Zeit galt Mannheim als SPD-Hochburg – und Roche als parteinahes Vorzeigeunternehmen, bei dem sich Landespolitiker der SPD nur allzu gerne bei Besuchsterminen fotografieren ließen. Doch wie im gesamtem Bundesgebiet hat sich auch in Mannheim der Wind gedreht, Grüne und AfD graben der Partei das Wasser ab. In den Betriebsräten und Gewerkschaften sitzen an vielen Stellen jedoch weiterhin die alten Kader. Auch bei Roche in Mannheim gehört das SPD-Parteibuch im Betriebsrat, der hier gut 8.500 Mitarbeiter vertritt, noch immer zum guten Ton.

Ein Jahr nach seinem Parteieintritt bestellt die Betriebsratsvorsitzende Brigitte Bauhoff das AfD-Mitglied zu einer Versammlung ein. Daß auch ihr Herz der SPD gehört und sie die AfD zutiefst verachtet, ist unzweifelhaft: Auf Facebook lassen sich Fotos von der Apothekerin finden, die sie gemeinsam mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Stefan Fulst-Blei auf einer Anti-AfD-Demonstration zeigen. „Die AfD ist KEINE normale Partei, sondern zutiefst rassistisch!“, heißt es dort. Ironie des Schicksals: Fulst-Blei hatte bei den Landtagswahlen im März 2016 sein Direktmandat im Mannheimer Norden völlig überraschend an den AfD-Politiker Rüdiger Klos verloren. Bauhoff ist zudem auf Facebook mit zahlreichen SPD-Lokalpolitikern und Gewerkschaftlern vernetzt.

Huchthausen nimmt also Platz, genau wie 40 weitere Kollegen. Im Gespräch mit der JF versucht er das Geschehen zu rekapitulieren. „So, ich begrüße euch“, habe Bauhoff direkt losgelegt, erzählt der AfD-Politiker. „Und zum Anfang möchte ich gleich zur dir kommen, Rainer Huchthausen.“

Ein Overheadprojektor wird angeworfen. Vor versammelter Mannschaft hält Bauhoff ein Tribunal ab. Der Angeklagte heißt Rainer Huchthausen. Facebook-Posts von ihm werden auf die Leinwand projiziert. Er soll Stellung beziehen. Was sage er zu diesem Bild, was zu jenem.

„Mir wird schlecht. Ich sitze mit einem Nazi im Raum“, soll eine Kollegin aufgeheult haben. Dabei sei das Gezeigte harmlos und nicht strafbar gewesen, versichert Huchthausen gegenüber der JF. Aber habe natürlich AfD-Bezug gehabt. Bei dem Treffen traut sich kein Kollege, ihm zur Seite zu stehen. Nur einer raunt dem 57jährigen bei einer anschließenden Zigarette vor dem Gebäude zu: „Was die mit dir hier machen, geht gar nicht.“

Doch wohin die Reise nun geht, ist Huchthausen klar. „Ab da war ich Persona non grata.“ In den folgenden Monaten beginnt ein Psychospiel. Das Muster ist immer gleich: „Ich wurde gemieden, habe wichtige E-Mails nicht mehr erhalten.“ Je höher die Ebene des Gegenübers, desto geringer die Wahrscheinlichkeit begrüßt zu werden,

ganz gleich wie das Verhältnis war, bevor die AfD-Karriere bekannt wurde. „Am Anfang hat es mich natürlich getroffen, irgendwann konnte ich nur noch drüber lachen.“

Das geht eine Zeitlang so weiter. Schließlich meldet sich ein führender Kopf der Gewerkschaft IG Bau, Chemie, Energie (IG BCE). Die soll eigentlich die Interessen der Arbeitnehmer bei Roche vertreten. Auch die Betriebsratsvorsitzende Bauhoff sitzt ehrenamtlich im Vorstand der Gewerkschaft.

Huchthausen verabredet sich mit ihm beim Griechen. Der IG BCE-Mann legt während des Gesprächs einen ganzen Leitz-Ordner auf den Tisch und zeigt ihm verschiedene Fotos. Was waren das für Bilder? „Bilder von AfD-Veranstaltungen, Bilder, auf denen ich mich mit verschiedenen AfD-Politikern fotografiert habe. Nichts Illegales, natürlich keine, wo ich Steine geworfen habe oder so etwas“, lacht Huchthausen. „Ich war zunächst völlig perplex.“

Kurz zuvor sei ihm ein Mobiltelefon gestohlen worden, auf dem genau jene Bilder gespeichert waren. Wie der IG BCE-Vertraute an die Bilder gekommen sei, habe er nicht verraten. Die seien ihm eben zugespielt worden. „Dein Job steht auf dem Spiel“, habe der Gewerkschafter ihn gewarnt. „Die werden jede Gelegenheit nutzen, um dir Abmahnungen zu schicken. Das mit der AfD, laß das.“ Huchthausen denkt nicht daran.

Doch die dunklen Prophezeiungen scheinen sich zu bewahrheiten. „Dann habe ich tatsächlich öfter Abmahnungen erhalten, deren Grund an den Haaren herbeigezogen war. Wenn ich mich beispielsweise fünf Minuten nach Arbeitsbeginn krank gemeldet habe – weil zuvor niemand den Hörer abgehoben hat – dann hieß es, ich hätte gegen die Meldepflicht verstoßen.“

### **Befreundete Arbeitskollegen warnen: „Das gibt Ärger“**

Ende Mai dieses Jahres fährt die Mannheimer AfD bei der Kommunalwahl einen kleinen Achtungserfolg ein: Dank 9,3 Prozent der Stimmen zieht die Partei mit vier Sitzen in den Gemeinderat ein. Einer der neuen Stadträte ist Rainer Huchthausen. „Nachdem meine Kandidatur für die AfD bekannt wurde, ging sofort das Gerücht herum, daß unsere Betriebsrätin Bauhoff deswegen sehr aufgebracht war und von nun an meine Kündigung anstrebte“, erzählt der AfD-Politiker. „Sie hat als solche sehr gute Beziehungen zur Geschäftsleitung, sitzt auch persönlich im Aufsichtsrat.“

Der Grund, der das Faß zum Überlaufen gebracht haben soll, mutet absurd an: „Bei Facebook habe ich die Seite von Roche geliked.“ Befreundete Kollegen vom Werkschutz hätten ihn gewarnt: „Das gibt noch Ärger.“ „Man könnte denken, Roche wäre eine AfD-Hochburg“, habe es im Betriebsrat geheißen.

Bauhoff selbst will auf die Vorwürfe nicht eingehen. Auf Anfrage der JF erklärt die Betriebsratsvorsitzende: „Sie können davon ausgehen, daß der Betriebsrat seinen Aufgaben sehr sorgfältig nachgeht. Deshalb behandeln wir alle personellen

Maßnahmen, unabhängig von der Herkunft, der Religion, des Geschlechtes oder einer Parteizugehörigkeit, nach gleichen Kriterien.“

Am 2. August stellt Roche schließlich einen Antrag beim zuständigen Integrationsamt. Huchthausen soll den Betrieb verlassen. Die Kündigung eines schwerbehinderten Menschen ist in Deutschland erst dann zulässig, wenn das Integrationsamt zugestimmt hat. Die Entlassung muß vom Arbeitgeber zunächst begründet werden. Anschließend ermittelt das Amt. Im bestmöglichen Fall schützt es den Schwerbehinderten vor Willkür.

Der Antrag wird von Roche wie folgt begründet: „Das Arbeitsverhältnis ist zunächst 16 Jahre ungestört verlaufen. Allerdings überschreiten die seit dem Jahr 2012 angefallenen krankheitsbedingten Fehlzeiten das Übliche wesentlich. Dem Arbeitgeber sind dadurch vom 1. Januar 2012 bis 31. Juli 2019 wirtschaftliche Belastungen in Höhe von insgesamt 68.208,60 Euro entstanden.“ Das Integrationsamt sieht darin hinreichende Gründe für eine Kündigung, befragte Ärzte teilen der Behörde mit, daß auch zukünftig mit „Fehlzeiten im bisherigen Umfang zu rechnen ist“. Wie sich die Zahlen zusammensetzen, ist unklar. Zu konkreten „laufenden arbeitsrechtlichen Einzelfällen“ möchte Roche gegenüber der JF keine Stellung beziehen.

Für Huchthausen sind die Gründe abwegig: „Curt Engelhorn, ehemaliger Besitzer von Böhlinger Deutschland (der Vorgängerfirma von Roche), sagte mal: ‘Wir produzieren Gesundheit für den kranken Menschen, wir können es uns nicht leisten, Mitarbeiter zu entlassen, nur weil sie krank wurden.’ Das wurde so gelebt, auch nach dem Verkauf an Roche. Es wurde noch kein langjähriger Mitarbeiter deswegen entlassen.“

In den 25 Jahren seiner Tätigkeit habe er „jahrelang mit karzinogenen Lösungsmitteln gearbeitet und teilweise darin gebadet“, beklagt er sich. Somit sei er „durch die Firma krank“ geworden. Im Schreiben des Integrationsamtes heißt es, dafür gebe es keine Beweise. Huchthausen jedenfalls zeigt sich enttäuscht von Roche: „Wie sagte ein Kollege kürzlich zu mir: ‘Wärst du in der SPD, hätte man dir einen anderen Job angeboten, aber niemals die Kündigung.’“

Über die wird juristisch weiter gestritten werden: Laut Gesetz ist eine Entscheidung des Integrationsamtes ohne eine umfassende Anhörung des Gekündigten rechtswidrig. Hierüber scheiden sich nun die Geister: Hat das Integrationsamt Huchthausen in einem persönlichen Gespräch die Chance gegeben, sich zu erklären? Das Integrationsamt sagt: ja. Der AfD-Politiker meint: nein.

„Ich mußte mich beim Integrationsamt melden, wo mir mitgeteilt wurde, daß meine Firma mich kündigen möchte und das Integrationsamt meine Ärzte dazu befragen müßte. Wie lange das dauere, könne man mir nicht sagen. Es wäre vorerst eine Aufklärung am Telefon, das Integrationsamt würde sich dann zum persönlichen Gespräch melden.“ Daß ohne sein Wissen schon eine abschließende Entscheidung

fallen würde, habe er nicht geahnt. Im Schreiben des Integrationsamtes heißt es: „Herr Rainer Huchthausen wurde zum Antrag des Arbeitgebers gehört.“

### **Es ist ungewiß, wie es beruflich weitergehen soll**

Huchthausen protestiert vergebens. „Da die Entscheidung bereits gefallen ist, macht ein persönliches Gespräch außerhalb eines Widerspruchsverfahrens aus unserer Sicht keinen Sinn“, antwortet das Referat 32 per E-Mail. Am 15. Oktober erhält er von Roche schließlich seine offizielle Kündigung.

Wie es nun beruflich für ihn weitergehen soll, ist ungewiß. Sogar das Integrationsamt gibt zu, daß der AfD-Stadtrat „aufgrund des Alters, der anerkannten Behinderung sowie dem Verlust des Arbeitsplatzes persönlich und finanziell schwer belastet wird“. Die Behörde rechnet mit „erheblichen Vermittlungsschwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt“. Doch sie müsse „nicht prüfen, ob die Kündigung sozial gerechtfertigt ist“.

Eines Unrechts ist sich Huchthausen jedenfalls nicht bewußt. „Ich habe die Pflicht und den Anspruch, für viele meiner Kollegen zu sprechen, die sich aus Angst vor Entlassung nicht trauen“, meint Huchthausen. „Leider ist das nicht mehr möglich, in einem Land, wo die freie Meinung nur noch auf dem Papier steht.“

## **Pankraz,**

### **Günter Zehm und die Langzeitkolumne**

Neun Zehntel unseres Glückes beruhen allein auf der Gesundheit“, notierte der Philosoph Arthur Schopenhauer in seiner Sammlung von Gedanken im Alter, die Franco Volpi und Ernst Ziegler vor etlichen Jahren unter dem Titel „Senilia“ herausgegeben haben. Pankraz hat das Buch seinerzeit mit großer Zustimmung gelesen und sich daran erinnert gefühlt, daß es in der Kunst des Altwerdens vor allem darauf ankommt, mit Krankheiten umzugehen, sie „mental soweit wie möglich in Schach zu halten“, sie jedenfalls keine das Leben bestimmende Übermacht gewinnen zu lassen.

Als er nun kürzlich wieder bei seiner ihm lieb gewordenen Stammtisch-Runde weilte, verspürte Pankraz plötzlich heftige Brustschmerzen. Rührend kümmerten sich die Freunde und Kollegen um ihn, verständigten einen Rettungswagen und ließen ihn ins Krankenhaus bringen.

Inzwischen geht es ihm den Umständen entsprechend zwar wieder einigermaßen, auf seinen Schreibposten ist Pankraz allerdings noch nicht wieder zurückgekehrt. Er bedauert das um so mehr, als er seine kleine Kolumne jetzt bereits seit bald 45 Jahren verfaßt, seit dem Sommer 1975. Damals erschien sie jeweils montags in der



Tageszeitung Die Welt, dann für eine kurze Zwischenphase Anfang der neunziger Jahre im Rheinischen Merkur und seit Januar 1995 hier in der JUNGEN FREIHEIT, und das Woche für Woche, komme, was da wolle. Nichts und niemand konnte ihn je davon abhalten, seine Texte an die Redaktion zu übermitteln. Selbst wenn er in fernsten Gefilden unterwegs war, ob in Asien oder Südamerika, stets fand er Mittel und Wege, seine Kolumne zu schreiben.

Daß er aktuell und bis auf weiteres damit pausieren muß, betrübt ihn wie gesagt sehr. Noch immer trachtet Pankraz danach, so hat er es früher einmal formuliert, Tendenzen aufzustöbern, anschaulich zu machen und auf den Begriff zu bringen. Daß er sich dafür einst einen Schreibnamen gewählt hat – in Anlehnung an die erste Erzählung aus Gottfried Kellers Novellenzyklus „Die Leute von Seldwyla“, in der Pankraz der Schmoller, von „unvertilgbarem Groll und Weh“ erfüllt, zu guter Letzt seine Schmollerei überwindet –, hat auch mit Pankraz' Faible für literarische Verrätselungen zu tun.

In dieser Vorliebe einig weiß er sich mit einem seiner Lieblingsphilosophen, Søren Kierkegaard (1813–1855), über den Pankraz oft geschrieben hat. Der Kopenhagener Wegbereiter des Existentialismus brachte es in dem Spiel mit Pseudonymen zu wahrer Meisterschaft. Sie waren ihm *nom de plume* und *nom de guerre*, Schreib- und Kampfnamen. Die meisten seiner Schriften veröffentlichte er unter wechselnden Autorenzeilen. Kierkegaard machte sich einen regelrechten Spaß daraus; selbst in seinen privaten Tagebüchern ließ er verschiedene Pseudonymisten mit- und gegeneinander agieren, konnte er so doch unterschiedliche Standpunkte ohne direkten Bezug zur eigenen Person deutlicher markieren.

Pankraz hat bei seinen Lektüren immer Gefallen daran gefunden, denn bei aller Ernsthaftigkeit in der Sache liegt ihm ebenso das Spielerische. Der geneigte Leser seiner Kolumnen hat deswegen sicher auch längst erkannt, daß diese hier nicht von ihm stammt. Niemals würde Pankraz in dieser Art und Weise über Günter Zehm Auskunft geben. Er verabscheut Zeitgenossen, die sich selbst überaus wichtig nehmen und ständig in den Vordergrund spielen müssen; Bescheidenheit ist für ihn alles andere als eine Sekundärtugend.

In seinem vor zehn Jahren erschienenen Buch „Gesunder Menschenverstand. Über Glücklichein, Spaßhaben und Standhalten“, hervorgegangen aus seiner in den neunziger Jahren gehaltenen Vorlesungsreihe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, kommt Pankraz auch auf die Lebensphilosophie Schopenhauers und dessen Einsichten zur Körperlichkeit – „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts“ – zu sprechen. Denn nach Schopenhauer sei es „die größte aller Torheiten, seine Gesundheit aufzuopfern, für was es auch sei (...); vielmehr soll man ihr alles nachsetzen“.

An diesen weisen Ratschlag muß sich Pankraz jetzt zu seinem Leidwesen auch halten und mit seiner Kolumne eine Zwangsauszeit nehmen. (tha)